

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0151/13 **Mirko Stage, Oliver Wendenkampf**
Stadträte future! - Die junge Alternative

Bezeichnung

Keine Pestizide in Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	18.02.2014
Ausschuss für Umwelt und Energie	18.03.2014
Gesundheits- und Sozialausschuss	19.03.2014
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	19.03.2014
Stadtrat	24.04.2014

Das Anliegen der Antragsteller wird begrüßt, eine Annahme des Antrages jedoch nicht empfohlen.

- 1. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg setzt sich dafür ein, auf allen kommunalen Flächen - auf Kultur, sowie Nicht-Kulturland - auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten. Da ein vollständiger Verzicht erst nach und nach umgesetzt werden kann, wird zu Beginn insbesondere in der Nähe von Kinderspielflächen, Schulen und Kindergärten auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet.*

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat den Einsatz von Pestiziden in den letzten Jahren drastisch reduziert. Es kann sicher gestellt werden, dass in der Umgebung von kommunalen Kinderspielflächen und Schulen kein Einsatz von Pestiziden erfolgt. Auf den verbleibenden kommunal bewirtschafteten Flächen werden Pestizide nur in begründeten Ausnahmefällen eingesetzt. Hierzu zählen unter anderem die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners und die Pflege von Flächen, die maschinell schwer zugänglich sind.

- 2. Private Dienstleistungsunternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, werden ebenfalls zu einem Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden verpflichtet.*

Eine Verpflichtung von Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Magdeburg und privaten Dienstleistungsunternehmen auf Pestizide vollständig zu verzichten, wird aus folgenden Gründen nicht empfohlen:

- das in Deutschland zugelassene Mittel zu Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners ist ein Pestizid, eine andere wirkungsvolle Bekämpfungsmethode ist nicht bekannt,
- der vollständige Verzicht auf Pestizide ist auch mit einem Anstieg der Personalkosten verbunden.

- 3. Die Bevölkerung werden diese Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit näher gebracht, um Beschwerden wegen angeblich „schlecht gepflegter“ Flächen zu vorzuzukommen.*

Auf Grund des bereits in der Stadtverwaltung praktizierten sensiblen Umgangs mit Pestiziden auf kommunalen Flächen wird keine Notwendigkeit gesehen, eine Öffentlichkeitskampagne zu initiieren.

Holger Platz